

Digitale Unterstützung für die Kommunen: NSI/HSVN gründen Institut für Digitalisierung und Datenschutz

Hannover (28.01.2019). Die digitale Transformation und die Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) stellen die öffentliche Verwaltung aktuell vor große Herausforderungen. Sie müssen unter anderem ihre Verwaltungsleistungen ab 2022 digital über Online-Portale anbieten. Vor diesem Hintergrund haben das Niedersächsische Studieninstitut für kommunale Verwaltung e. V. (NSI) und die Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (HSVN) als zentrale Bildungsträger der Kommunen in Niedersachsen eine gemeinsame Plattform gegründet, die relevantes Know-how schafft, bündelt und teilt und Fragende mit Wissensträgern vernetzt: Das Institut für Digitalisierung & Datenschutz, kurz ID2.

Ein Kernziel des ID2 ist die Schaffung eines Netzwerkes, das die öffentliche Verwaltung auf dem Weg des digitalen Wandels unterstützt. Es soll insbesondere dem Knüpfen von Kontakten und dem Wissensaustausch dienen und damit eine gezielte Hilfestellung für die öffentliche Verwaltung bei der Erreichung der im Masterplan Digitalisierung der Landesregierung für die digitale Verwaltung gesetzten Ziele bieten (Digitalisierung von Prozessen, Standardisierung von Verfahren, Aus- und Fortbildung der Beschäftigten, Fachkräftegewinnung).

Einer der Gründer des ID2 ist Herr Prof. Dr. Peter Daiser, Inhaber der im Herbst letzten Jahres neugeschaffenen Professur für E-Government & Digitale Transformation an der HSVN. Mit seiner Berufung haben NSI und HSVN auf die Effekte reagiert, die der digitale Wandel in der Verwaltung bereits hat und noch haben wird. Mit innovativen Studieninhalten sollen die kommunalen Nachwuchsführungskräfte besser auf die Anforderungen der digitalen Verwaltung vorbereitet und neue digitale Fortbildungsangebote für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geschaffen werden.

Digitalisierung allein ist jedoch nicht der Schlüssel zum Erfolg. Die Veränderungsprozesse müssen in gleicher Weise datenschutz- und verwaltungsrechtliche Aspekte bieten, wie Hochschuldozent Daniel Sandvoß – der diese Schwerpunkte im Institut verantwortet – anmerkt: „Eine digitale Vision allein reicht nicht aus: Nur wenn die Symbiose aus Digitalisierung, Organisation, Datenschutz und Verwaltungsrecht gelingt, können digitale Transformationsprozesse erfolgreich in der öffentlichen Verwaltung umgesetzt werden.“ Die damit verbundenen Anforderungen erfordern neue Perspektiven, neue Kompetenzen und neue Lösungen. Veränderungsprojekte von solcher Tragweite sind üblicherweise aufwendig und mit zahlreichen Risiken behaftet. Darüber hinaus werden viele interne Entwicklungen durch die Dynamik äußerer Einflüsse getrieben.

Vor diesem Hintergrund sieht Professor Daiser im digitalen Wandel nicht nur positive Aspekte. Für ihn handelt es sich um ein zweiseitiges Thema: „Die Digitalisierung von Leistungen ist auf der einen Seite eine große Chance für die Behörden. Was uns einige Organisationen, die dem digitalen Wandel zum Opfer gefallen sind, auf der anderen Seite jedoch gelehrt haben: Das Internet braucht Sie nicht und wartet nicht auf Sie.“ Vor diesem Hintergrund ist die intensive Auseinandersetzung der öffentlichen Verwaltung mit digitalen Fragestellungen ein wichtiger Baustein für die zukünftige Ausrichtung und Ausgestaltung der Aktivitäten und Leistungen der öffentlichen Verwaltung.

Zum Hintergrund:

Für viele Behörden ist das ein Schritt in technisches und organisatorisches Neuland sowie unbekanntes rechtliches Terrain. Hinzu kommt, dass die DSGVO wie ein Damoklesschwert über der öffentlichen Verwaltung schwebt. Aus den diversen unbestimmten Rechtsbegriffen und neuartigen Ansprüchen, welche die Grundverordnung mit sich bringt, ergeben sich für viele Kommunen Rechtsunsicherheiten zu grundsätzlichen verwaltungsorganisatorischen Fragen. Vor diesem Hintergrund ist die intensive Auseinandersetzung der öffentlichen Verwaltung mit digitalen Freistellungen ein wichtiger Baustein für die zukünftige Ausrichtung und Ausgestaltung der Aktivitäten und Leistungen der öffentlichen Verwaltung.

Die Anpassung des Studien- und Weiterbildungsangebots ist eine wichtige Säule, um auf die Effekte der schnell voranschreitenden digitalen Entwicklung zu reagieren. Die kürzlich beschlossenen 50 zusätzlichen Digitalprofessuren, die bis zum Jahr 2021 an niedersächsischen Hochschulen aufgebaut werden sollen, bestätigen die Leitung des NSI in ihrer Entscheidung. Mit dem Aufbau der Digitalprofessur und der Gründung des Instituts haben sie bereits erste Grundlagen geschaffen, um die öffentliche Verwaltung auf dem Weg der digitalen Transformation besser unterstützen zu können.